

Rede
Kiel, 05.07.2018

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Berufs- und Studienorientierung muss stärker im Schulalltag verankert werden

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 18+22 - Anträge zur Berufs- und Studienorientierung Rede zu Protokoll gegeben.

Es ist schon einigermaßen absurd: Auf der einen Seite klagen immer mehr Unternehmen darüber, dass sie keine jungen Leute finden. Und auf der anderen Seite bleiben immer mehr Stellen unbesetzt. Noch dazu handelt es sich hier nicht um eine Momentaufnahme. Das ist längst zu einem Dauerzustand geworden und damit zu einer ernststen Herausforderung, die wir entschlossen angehen müssen. Für den SSW kann ich deshalb klar sagen, dass wir beide Anträge unterstützen.

Wir wissen, dass die Digitalisierung längst Auswirkungen auf viele Lebens- und fast alle Arbeitsbereiche hat. Das führt schon seit Jahren zu veränderten Anforderungen und zu Spezialisierungen am Arbeitsmarkt. Damit nimmt auch die Bedeutung von Bildung und Weiterbildung immer weiter zu. Und damit steigt eben nicht zuletzt auch der Bedarf an Beratung und Orientierung bei Berufsanfängern. Diese Aufgabe halte ich persönlich für besonders wichtig. Denn die Schülerinnen und Schüler aller Schularten stehen vor der grundsätzlichen Entscheidung, für einen bestimmten Beruf oder ein Studium und damit vor einer bedeutenden Weichenstellung in

ihrem Leben.

Die Jamaika-Koalition überschreibt ihren Antrag mit den Worten: „Gesamtkonzept Berufsorientierung“. Deshalb möchte ich für meine Partei gerne zwei kleine Anmerkungen machen. Zu einem solchen Gesamtkonzept gehört für uns dringend auch die Beratung über mögliche Studiengänge. Und aus unserer Sicht müssen bei diesem Thema unbedingt auch die Jugendberufsagenturen mit an den Tisch. Denn auch wenn wir sie erst vor einiger Zeit auf den Weg gebracht haben, hat man hier schon wertvolle Erfahrungen gesammelt, die in ein solches Gesamtkonzept einfließen müssen. Ich gehe aber davon aus, dass wir uns über diese Punkte in den weiteren Beratungen einig werden.

Die SPD weist in ihrer Begründung darauf hin, dass die Berufsorientierung eine Querschnittsaufgabe des gesamten Schulwesens ist. Diese Orientierung mag zwar immer dringlicher werden, je näher der Abschluss rückt. Aber im Idealfall werden die Schülerinnen und Schüler frühzeitig auf das Arbeitsleben vorbereitet. Denn unabhängig davon, ob ich mit Lehrkräften oder mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Arbeitsverwaltung spreche: Alle bestätigen, dass die frühzeitige Orientierung und Förderung berufsübergreifender Schlüsselkompetenzen extrem wichtige Erfolgsfaktoren sind, wenn es um den gelungenen Übergang in die Arbeitswelt geht. Ich denke daher, dass wir die Berufs- und Studienorientierung tatsächlich stärker im Unterricht verankern sollten.

Es macht natürlich Sinn, wenn wir in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen schauen, die man in Hamburg mit der Einführung eines entsprechenden Pflichtfachs macht. Der Blick auf unsere Nachbarn im Süden hat sich bekanntlich auch bei der Einführung der Jugendberufsagenturen gelohnt. Ob aber am Ende ein eigenes Pflichtfach oder eine Aufwertung der entsprechenden Beauftragten steht, ist aus meiner Sicht zweitrangig. Wichtig ist, dass wir dem steigenden Beratungsbedarf der jungen Menschen Rechnung tragen und die Berufs- und Studienorientierung spürbar ausbauen. Und weil das nun mal auch eine Frage der entsprechenden Ausstattung ist, will ich hier gerne schon heute die Unterstützung des SSW zusichern.

Abschließend möchte ich den vielen Betrieben danken, die hier zum Beispiel durch ihr Engagement auf Messen und durch Praktikumsplätze einen wichtigen Beitrag leisten. Denn eins ist klar: Ohne diesen Einsatz und ohne die Vermittlung dieser wertvollen praktischen Erfahrungen geht es nicht. Deshalb möchte ich sie unbedingt ermuntern, auch in Zukunft möglichst vielen jungen Menschen diese Einblicke und Chancen zu geben. Und

gleichzeitig hoffe ich, dass auch die Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft stärkt. Der SSW hält es für sehr wichtig, dass wir bei diesem Thema beide Seiten gleichermaßen in den Blick nehmen. So werden wir dann hoffentlich nicht nur die Zahl der Schulabgänger ohne Ausbildungsvertrag reduzieren können, sondern auch die Ausbildungsabbrüche selbst.